

## 7. Aktionsplan 2025: Gesunde Ernährung (nicht nur) in der Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde Bremen

Der 2018 vom Bremer Senat auf Initiative des ABB (Agrarpolitisches Bündnis Bremen) beschlossene „Aktionsplan 2025 - Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde Bremen“ fördert bereits jetzt die Bereitschaft weiterer Bremer Landwirte, ihren Betrieb auf Bio umzustellen. Er sieht vor, dass in öffentlichen Kitas, Schulen und Krankenhäusern nur noch Bio-Milch verwendet werden darf und bis 2022 die gesamte Verpflegung in Kitas und Schulen aus dem ökologischen Landbau kommen muss.

Mit dem „Aktionsplan 2025“ übernimmt die Stadtgemeinde Bremen die Verantwortung für eine gesunde und nachhaltige Ernährung **aller** Kinder und Jugendlichen in diesen Einrichtungen. Zur erfolgreichen Umsetzung des Aktionsplans ist es unabdingbar, dass die Küchen von öffentlichen Kitas, Schulen und Krankenhäuser personell und technisch besser ausgestattet werden und es nicht zu einer Überbelastung des Küchenpersonals kommt. Für den Erfolg entscheidend ist auch, dass die etappenweise Erhöhung des Anteils an Bio-Produkten, saisonalen und Frischzutaten mit einer **konsequenten Qualifizierung, Weiterbildung und Beratung** des gesamten Küchenpersonals einher geht. Nur so ist eine nahezu aufwendungsneutrale Umstellung auf Bio-Lebensmittel realisierbar. Ein Weiterbildungs-Pool, angedockt z. B. an ein „Haus der Ernährung“ (s. Punkt 8), könnte diese Prozesse organisieren und umsetzen.

Wir setzen uns ferner dafür ein, dass zukünftig der Aktionsplan auch auf die Kantinen in öffentlichen Einrichtungen und auf Mensen in Hochschulen und Universität Anwendung findet und auch dort bis 2022 nur noch Bio-Milchprodukte und Bio-Lebensmittel zum Einsatz kommen.

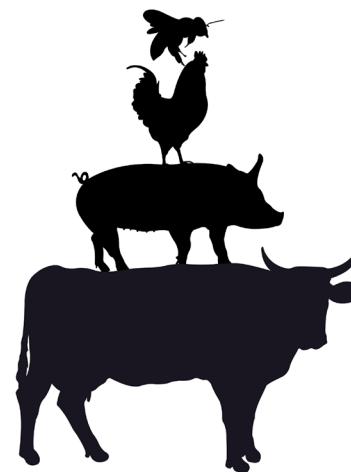
## 8. Ein Haus der Ernährung gibt Impulse

Wie wir uns ernähren, woher unsere Lebensmittel kommen und wie sie produziert werden hat enorme Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, auf Böden, Wasser, Klima und auf die Gesundheit der Menschen. Die Ernährung erhält im gesellschaftlichen Diskurs trotzdem immer noch nicht die Bedeutung, die notwendig wäre. Wir fordern daher, dass Bremen ein öffentlich gefördertes, aber unabhängiges „Haus der Ernährung“ nach dem Vorbild des Kopenhagener „House of Food“ erhält – gegründet zum Zweck der Verbesserung der Speisen in öffentlichen Einrichtungen. Es versteht sich heute als eine Art Veränderungsmanager und Kulturentwickler in Kopenhagen. Ein Bremer „Haus der Ernährung“ könnte die Umsetzung des Aktionsplans organisieren und es wäre ein starker Impulsgeber für die Verbesserung der Außer-Haus-Verpflegung und für die Entwicklung einer nachhaltigen Esskultur in Verbindung mit einer nachhaltigen Landwirtschaft in Bremen und umzu.

## 9. Gemeinsam mit den Verbraucher\*innen: Lebensmittel klar kennzeichnen und regionale Wertschöpfung stärken!

Immer mehr Menschen legen Wert darauf, weniger und besser produziertes Fleisch zu essen. Wir fordern eine klare und verbindliche gesetzliche Haltungskennzeichnung, wie dies heute bei Eiern bereits der Fall ist. Die Verbraucher\*innen sollen auf einen Blick erkennen können, wie die Tiere gehalten wurden, womit sie gefüttert wurden und woher das Futter kommt.

Nachhaltige und regionale Wertschöpfungskreisläufe stärken die bremische Ernährungswirtschaft, das regionale Handwerk und die Wirtschaftskraft in der Region. Deswegen unterstützen wir bioregionale Produktvielfalt, stärken langfristig Projekte wie die BioStadt Bremen, landwirtschaftliche Genossenschaften, Kooperativen und auch bio-vegan wirtschaftende Netzwerke. Denn wir wollen, dass sich auch Veganer\*innen so ökologisch und regional wie möglich versorgen können. Wir fordern den Aufbau starker und vielfältiger regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen.



# AGRAR- POLITISCHES BÜNDNIS BREMEN

Positionspapier zur Bremischen Bürgerschaftswahl im Mai 2019

## Mehr gesunde Lebensmittel aus verantwortungsvoller, nachhaltiger Landwirtschaft in Bremen und umzu



Im Agrarpolitischen Bündnis Bremen (ABB) sind Mitglieder folgender Organisationen aktiv vertreten:

Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (AbL), BUND Landesverband Bremen, AK Agrarpolitik LK Verden, Bremer EVG, KörnerKlub Bremen, Ökomarkt Bremen, Pro Vieh, Slow Food, Verein SozialÖkologie, VerbraucherAnStiftung.

**Agrarpolitisches Bündnis Bremen (ABB)**

c/o Verein SozialÖkologie im Kulturzentrum Lagerhaus, Schildstr. 12-19, 28203 Bremen  
Tel. 0421/34 99 077 agrarpolitisches@buendnis-bremen.de www.buendnis-bremen.de

## Mehr gesunde Lebensmittel aus verantwortungsvoller, nachhaltiger Landwirtschaft in Bremen und umzu

Wie wir uns ernähren, welche Lebensmittel wir kaufen oder nicht kaufen, also unser Ernährungsverhalten, hat weitreichende Folgen für die Umwelt, unsere Gesundheit und insbesondere auf die Art und Weise, wie Landwirtschaft betrieben wird. „Kein Sektor ist so stark mit der Gestaltung von Lebensräumen verwoben wie die Landwirtschaft. Ändert sie sich, ändern sich auch die ökologischen und sozialen Systeme, die darin beheimatet sind“. (Agraratlas, 2019). Im Sinne einer solchen dynamischen Entwicklung fordern wir eine bäuerliche Landwirtschaft, welche ökologisch nachhaltig und tiergerecht ist und den Bäuerinnen und Bauern eine gute wirtschaftliche Existenz sichert. Wir fordern den Einsatz für eine Landwirtschaft, die verantwortungsvoll mit den Menschen, den Tieren und der Natur umgeht. Industrialisierte Landwirtschaft, die auf Kosten-Minimierung und Gewinn-Maximierung setzt, stellt für uns keine zukunftsfähige Perspektive dar.

Um ein nachhaltiges Ernährungsverhalten auf den Weg zu bringen, brauchen wir eine Reform der EU-Agrarpolitik, die Gemeinwohlleistungen wie landwirtschaftliche Umwelt-, Klima- und Tierschutzmaßnahmen den Vorrang gibt. Ökologischer Landbau, Ausgleichszahlungen für wirtschaftliche Nachteile aufgrund natürlicher Gegebenheiten, Qualitätserzeugung, regionale Vermarktung und integrierte ländliche Entwicklung müssen gezielt gefördert werden. Geplante Ausnahmen, Re-Nationalisierung von Maßnahmenentscheidungen und drastische Kürzungen dürfen sie nicht verwässern. Unser Positionspapier enthält im Folgenden neun zentrale Eckpunkte mit den sich daraus ergebenden Forderungen für eine Enkel-taugliche Ernährung und Landwirtschaft.

### 1. Mehr Öko-Landbau, Weidehaltung unterstützen, Umweltleistungen belohnen, Milchmengen steuern - so ist eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu fördern

Bremen ist „BioStadt“ und nach Berlin mit 21,1 Prozent das Bundesland mit dem höchsten Anteil an ökologisch bewirtschafteter landwirtschaftlicher Fläche. Wir setzen uns dafür ein, dass noch mehr Landwirte ihren Betrieb auf biologischen Landbau umstellen. Unser Ziel lautet: Bis 2030 sollen 50 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Bremen ökologisch bewirtschaftet werden.

Aber auch den Landwirten, die aus verschiedenen Gründen nicht umstellen können/wollen, muss eine Perspektive geboten werden. Eine prämiengestützte Weidehaltung, eine gesonderte Weidemilchverarbeitung eine finanzielle Entlohnung für verbindliche Umweltleistungen (mehr-gliedrige Fruchtfolge, Leguminosenanbau, Blühstreifen und weitere Strukturelemente) sowie eine flexible Anpassung der Milchmenge an die Nachfrage (Mengensteuerung) wären geeignete Instrumente zur Erhaltung einer artgerechten Tierhaltung und einer klimafreundlichen Landwirtschaft in Bremen.

### 2. Landwirtschaft ohne Ackergifte betreiben

Unser Ziel ist eine Landwirtschaft in Bremen und umzu, die ohne Pestizide auskommt. Als Zwischenziel werben wir dafür, bis 2030 den Pestizideinsatz im Land Bremen zu halbieren. Wir werden dafür eintreten, dass Ackergifte wie das vermutlich krebserregende Glyphosat und die bienen- und insektentötenden Neonicotinoide schnellstmöglich europaweit verboten werden.

### 3. Trinkwasserschutz durch ökologischen Landbau und Verzicht auf Fracking

Die neue Bremer Landesregierung muss sich zukünftig dafür einsetzen, dass die zunehmende Überdüngung der landwirtschaftlichen Flächen grundsätzlich beendet wird und in den bremischen und niedersächsischen Trinkwassereinzugsgebieten nur noch eine Landwirtschaft betrieben werden darf, die das Trinkwasser nicht mit hohen Nitrateinträgen und giftigen Pestiziden belastet. Diese Ziele lassen sich letztlich nur mit agrarökologischen Formen der Landwirtschaft umsetzen, z.B. mit dem ökologischen Landbau.

Um Wasservorräte im Boden zu schützen muss sich Bremen ebenso für ein vollständiges Verbot von Probe-Gasbohrungen, Fracking und Erdgasgewinnungen in Wassereinzugsgebieten einsetzen. Wir setzen uns ein für stärkere Auflagen rund um Trinkwassereinzugsgebiete, für verbindliche, naturnahe Gewässerrandstreifen, die frei von chemischen Düngemitteln und chemisch-synthetischen Pestiziden sind.

### 4. Gentechnikfreie Landwirtschaft – auch beim Futter

Wir stehen für gentechnikfreie Landwirtschaft. Den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen lehnen wir ab. Lebensmittel für Menschen und Tiere, die unter Einsatz gentechnisch veränderter Organismen hergestellt wurden, müssen klar und deutlich gekennzeichnet sein. Das gilt auch für neue Gentechnikverfahren wie Genome Editing (z. B. CRISPR/Cas). Diese Verfahren sind als Gentechnik einzustufen und auch als solche zu regulieren.

Bereits seit 2011 ist Bremen sogenannte „gentechnikfreie Region“, das bedeutet in Bremen werden weder gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut noch gentechnisch veränderte Tiere gezüchtet. Wir möchten Bremer Landwirt\*innen darüber hinaus ermutigen, dass ihre Nutztiere nur noch gentechnikfreie Futtermittel erhalten. Damit wäre Bremen wirklich eine gentechnikfreie Region.

### 5. Am Tierwohl orientieren und Reserveantibiotika verbieten

Tiere sind Lebewesen und kein agrarindustrieller Rohstoff. Die auf Höchstleistung und Maximalertrag getrimmte Tierhaltung verursacht Tierleid, Qualzucht und regelmäßig Lebensmittelskandale. Eine Kehrtwende bei der Tierhaltung und Tierzucht ist überfällig. Für uns sind Lebewesen keine Wegwerfprodukte. Wir fordern, die Tierhaltung am Wohl des Tieres auszurichten. Bäuerinnen und Bauern, die ihren Tieren mehr Platz im Stall und bessere Haltungsbedingungen bieten, etwa Stroh statt Spaltenböden, sollten gefördert werden.

Wir wollen deutlich weniger Antibiotika in der Tiermast und ein generelles Verbot von Reserveantibiotika. Letztere müssen den Menschen vorbehalten bleiben.

### 6. Ernährungsbildung – eng mit Umwelterfahrung verbinden

Gutes Essen beginnt mit der Wertschätzung von Lebensmitteln. Dafür braucht es mehr Wissen bei Verbraucherinnen und Verbrauchern darüber, wie Lebensmittel hergestellt werden, was darin enthalten ist und wie sie auf Mensch und Umwelt wirken. Wir wollen dem Thema deshalb in den Kitas und Schulen mehr Raum geben und den Kindern und Jugendlichen Kenntnisse und unmittelbare sinnliche Erfahrungen vermitteln – theoretisch wie praktisch. Wir fordern, dass in Bremen die Umweltbildung im Sinne des Berichts „Zukunft Bremen 2035 (Handlungsfeld 13, Teilziel 4) u.a. durch ein neu einzurichtendes Unterrichtsfach „Ernährungsbildung“ umgesetzt wird. Dazu gehören auch Urban Gardening Projekte.